

Seite 13
 25
 35
 45
 28
 95
 155
 445
 40
 245
 38
 125
 145
 210
 245
 275
 ni
 isl
 -N
 18

Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk
 Diesem Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen hinsichtlich der Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, hat der Besteller der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abbestellungspreis mit der staatlichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Arbeit, Kampf“ sowie der länderweiten Wochenbeilage „Der Arbeiter“ monatlich 2,40 M., einm. 45 Pf., Brutto. (Ohne Postzuschlag 2,20 M., einm. 45 Pf., Brutto.) Postzuschlag nur bei „Leben“ 1,90 M., einm. 40 Pf. und Zustellungsgebühren.

Schriftleitung: Mittweide 10, Bernauerstr. Nr. 20 201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
 Verlagsstelle: Mittweide 10, Bernauerstr. Nr. 20 201 u. 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags
 Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Normalzeile 35 Pf., die 50 mm breite Breitenzeile 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2,00 M., abhänfl. Preisentwurf laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 20 Pf. netto. Für Briefmarken 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 261 | Dresden, Montag, den 7. November 1932 | 43. Jahrgang

Hitler-Wapen geschlagen

Die Nazis verlieren 2 Millionen Stimmen und 35 Mandate - Gewinne der SPD. und Deutschnationalen - Keine schwarz-braune Koalition möglich

Das Ergebnis der Reichstagswahl

	Stimmen	Mandate		Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	7 231 404 (7 959 712)	121 (133)	Wirtschaftspartei	110 117 (146 876)	2 (2)
Nationalsozialisten	11 705 256 (13 745 781)	195 (230)	Deutsche Staatspartei	337 871 (371 799)	2 (4)
Kommunisten	5 970 833 (5 282 626)	100 (89)	Bayerische Volkspartei	1 081 595 (1 190 453)	18 (22)
Zentrum	4 228 322 (4 586 501)	70 (75)	Deutsches Landvolk	46 486 (90 555)	— (1)
Deutschnationale	3 061 626 (2 177 414)	52 (37)	Christl.-sozialer Volksdienst	412 523 (364 542)	5 (3)
Deutsche Volkspartei	659 730 (436 012)	11 (7)	Deutsche Bauernpartei	148 982 (137 133)	3 (2)

Der gestrigen Wahl fehlte für die gegen Wapen in Opposition stehenden Parteien die einheitliche klare Parole. Der Ruf: „Wieder mit der Baronsregierung!“ reichte nicht aus, denn hinter Wapen standen ja nur zwei Parteien, Volkspartei und Deutschnationale. Sie zu treffen war deswegen schwer, weil sie bereits in allen Wahlkämpfen seit 1930 verstanden geschlagen wurden und nur noch die Reste ihrer organisierten Kerntruppe beisammen hatten. Die gegen Wapen stehenden Parteien aber lagen gegeneinander in schweren Kämpfen, und zwei davon, Nazis und Zentrum, suchten sich bei dieser November-Entscheidung lediglich stark zu machen, um mit möglichst kräftigen Ansprüchen am Wapen-Regime teilnehmen zu können. Das machte, im großen gesehen, das verwirrende, unbestimmte Bild dieses Wahlkampfes aus.

Die Wapen-Presse mag jetzt den grotesken Versuch, etwas wie einen Erfolg der Baronsregierung an die Wand zu malen. In jedem anderen Lande mit klarem parlamentarischen Mechanismus würde sich die Deffenlichkeit über dieses Unterfangen schütten vor Laufen, denn die hinter der autoritären Regierung stehenden Parteien sind nach wie vor in einer vernichtenden Minderheit. Die Deutschnationalen gewinnen, wie vorausgesehen war, von den Nazis zwar 15 Mandate, während die Volkspartei 4 profitiert, aber zusammen müssen diese beiden Regierungsparteien beiseite 63 Sitze. Die Mehrheit beträgt in diesem Reichstag 292. So haben wir uns den Sieg einer Regierung immer vorgestellt! Herr Wapen muß, wenn er sich vor dem Reichstag sehen lassen und halten will, seine bürgerlichen Gegner — Zentrum, Bayerische Volkspartei, Nazis — zu gewinnen versuchen. Oder aber er bleibt nach wie vor in einer lächerlichen Minderheit. Der gestrige Sonntag hat verschiedenen Parteien Mißerfolg gebracht, die Regierung Wapen jedoch erleidet eine vernichtende Niederlage. Sie hat Rundfunk und Presse mißbraucht, um die Deffenlichkeit über die wirklichen Wirkungen der Wapen-Politik hinwegzutäuschen. Sie hat agitatorische Freiheiten der Oppositionsparteien eingeengt, um die Meinungsfreiheit der Opposition zu dämpfen; sie hat sogar, was bisher keinem Wirtschaftsfachverständigen gelungen ist, den ökonomischen Silberstreifen am Horizont ihrer Politik entdeckt und ausposaunt. Resultat: 61 Sitze von 582! Wenn je das Votum eines Volkes klar war, so heißt dieses: Weg mit Wapen! Weg mit dem Kabinett der Barone!

Das andere, hinreichend vorausprophetische Ergebnis ist die Niederlage der Nationalsozialisten. Bis in die letzten Tage der Wahl blüfften sie die armen Anhänger mit den wahnsinnigsten Versammlungszahlen, und am 4. November wuch war im sächsischen Mutzschmann-Blatt zu lesen:

„Der Nationalsozialismus wird am 6. November den größten und eindrucksvollsten Sieg erringen, den die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung bisher zu verzeichnen hat.“

Und wie sieht dieser „größte eindrucksvollste Sieg“ aus? Die Hitler-Partei verliert rund zwei Millionen Stimmen oder 35 Mandate. Der Bluff hat versagt, die Nazis ebbt zurück. Die Führer der Braunen Häuser hollen sich die erste deutliche, „mythologische“ Niederlage. Vorbei ist es mit jener Hitler-Wut, die sich wie eine Fieberkrankheit ausbreitete und Millionen unbefähig schien. Der Schwindel mit welchem Käse mag in Deutschland länger denkbar sein als in anderen alphabetischen Ländern, aber ewig währt er, wie figura zeigt, auch bei uns nicht.

Die Segensprüche in der Hitler-Partei werden nach dieser

Wahl schärfer aufeinanderstoßen als bisher. Weiterer Rückgang und Zerlegung im Hakenkreuzlager sind unaufhaltsam, weil diese Kolonnen nicht zusammengehalten werden von einer gemeinsamen Ueberzeugung, einer klassenmäßigen Idee, einer einheitlichen politischen Auffassung, sondern von Versprechungen, Spekulationen und Illusionen, die auf die Dauer vor der rauhen Wirklichkeit zerfallen müssen.

Ein Teil der verlorengegangenen Silber-Millionen ist zu den Deutschnationalen abgewandert, die rund 800 000 Stimmen gewinnen, während die Volkspartei etwa rund 20 000 zunehmen wird. Wo blieben die anderen Hitler-Wähler? Mit dem Rückgang von 84 Prozent Wahlbeteiligung bei der Juliwahl auf 80,5 Prozent ist das Verschwinden nicht zu erklären. Man muß annehmen, daß ein beträchtlicher Teil von Nazimilitärsen sich wieder auf die frisch lackierte Ofenbank niedergelassen hat, während ein Teil zu den Kommunisten stieß.

Die SPD. steigt auf 100 Mandate und gewinnt 690 000 Stimmen. Die Sozialdemokratie verliert 726 000 Stimmen und damit etwa 9 Prozent gegenüber der Juliwahl. SPD. und KPD. zusammen müssen 221 Sitze. Prozentual betrachtet, nimmt das marxistische Lager gegenüber der Juliwahl wesentlich zu. Aus dem „Einbruch in die marxistische Front“ ist ein Einbruch der Nazis in die bürgerliche Front geworden.

Der starke kommunistische Stimmengewinn ist nicht schwer zu erklären, ist eine Folgeerscheinung der Krise, die die Verzweiflung der Massen und die geistige Verwirrung gesteigert hat. Bedenkt man, daß die SPD. wiederum gegen mehrere Fronten, gegen die Linksradikalen und der einen, gegen die Haken- und Wapen-Kreuzler auf der anderen Seite steht, so erklärt sich auch der Rückgang unserer Stimmen un schwer. Er bleibt weit hinter dem zurück, was Nazis und Kogis uns zugebacht hatten. Die Sozialdemokratie erweist sich als der organisatorisch stärkste und festeste Block im politischen Leben Deutschlands. Die KPD. weiß recht gut, daß sie ihren Wahlerfolg nicht ihrer organisatorischen Stärke,

sondern üblen Konzeptionen an den Nationalismus und einem Auslauf wirrer Mittläufer zu danken hat; sie weiß, daß sie organisatorisch zu den schwächsten Parteigegeben gehört und alle Erfolge der letzten Zeit der Krise, der Arbeitslosigkeit und der eigenen hemmungslosen Demagogie verbannt. Ihr „Hauptfeind“ war die Sozialdemokratie, während diese sich mit ungeheurer Kraft gegen die kapitalistische Reaktion und ihre braunen Vandalen wandte. Wie hätte diese Schlacht für das marxistische Lager verlaufen können, wenn die KPD. statt gegen uns mit uns gekämpft, wenn sie die Illusionen des Volkswahns auch nur für diesen Kampf aufgesteckt hätte! 11 Mandate der SPD. für die KPD. — was soll das an den Machtverhältnissen zwischen Proletariat und Bürgertum ändern?

Und was soll nun im Reichstag geschehen? Die Mehrheit von Zentrum und Nazis ist gebrochen, eine Mehrheit für Wapen vorläufig nicht zu sehen. Wird der Traum der Baronsregierung von einer Koalition der Deutschnationalen, Nazis und des katholischen Blocks in Erfüllung gehen? Wenn es nach dem Herrenklub geht, soll dem deutschen Volke eine reaktionäre Bürgerblockregierung besetzt werden, zu der die Nazis gehören dürften. Die organisierte Arbeiterschaft wird ihren Kampf für Freiheit, Volksrechte, soziale Errungenschaften, gegen Wapen-Kreuzler und reaktionäre Anschläge verstärkt fortsetzen. Sieger werden auf die Dauer nicht die Mächte des Rückschritts sein, sondern die Freiheit, der Massenwille, der Sozialismus. R. G.

Zweidrittelmehrheit gegen Hitler

D. Berlin, 7. November. (Ein. Funk.) Der Vorwärts stellt in seiner heutigen Morgenausgabe fest, daß das deutsche Volk Herrn Hitler mit Zweidrittelmehrheit ablehnt. Er schreibt dann: Am 31. Juli waren die Nazis allein stärker als die „Marxisten“, d. h. die Sozialdemokraten und die Kommunisten zusammen. Jetzt sind die „Marxisten“ wieder stärker als die Nazis. So steht die von Adolf Hitler angeliebte „Zerstückelung des Nazismus“ aus.

Die Welt am Montag schreibt: Die Regierung v. Wapen ist ausgezogen, den „Nazismus“ zu vernichten. Zu diesem Zwecke wurde die preussische Regierung aus ihren Nestern vertrieben und der Weg für eine „grundtätig neue Staatsführung“, die ihre Mission allein „aus dem Glauben an Gott“ empfängt, freigemacht. Der Erfolg? Der Erfolg ist ein beträchtliches Anwachsen der kommunistischen Stimmen. Die Kommunisten, die in erster Linie vernichtet werden sollten, haben Erfolge erzielt.

Im Eugenberg-Lager und im Lager der Hilfen-Brettle wird übereinstimmend festgestellt, daß die schwarz-braune Koalition eine Mehrheit nicht mehr hat. Den Kopf darüber, was in Zukunft werden soll, zerbricht man sich bei Eugenberg noch nicht.

Prozentuale Stärke im Reichstage

Der prozentuale Anteil der Fraktionen beträgt:

	im alten Reichstag	im neuen Reichstag
NSDAP.	37,4 Prozent	33,1 Prozent
SPD.	21,6 Prozent	20,5 Prozent
Komm.	14,5 Prozent	16,8 Prozent
Zentrum	12,5 Prozent	11,9 Prozent
Deut.	5,9 Prozent	6,6 Prozent
Unker. Wp.	2,3 Prozent	2,1 Prozent

Zusammensetzung des Reichstages

	Wahl vom 6. Nov. 1932	Wahl vom 31. Juli 1932	Wahl vom 14. Sept. 1930
Sozialdemokraten	121	133	143
Nationalsozialisten	195	230	107
Kommunisten	100	89	77
Zentrum	70	75	68
Deutschnationale	52	37	41
Deutsche Volkspartei	11	7	30
Wirtschaftspartei	2	2	23
Deutsche Staatspartei	2	4	20
Bayerische Volkspartei	18	22	19
Deutsches Landvolk (Kreuzer-Christlichnationale)	—	1	19
Christlichsoz. Volksdienst	5	3	14
Deutsche Bauernpartei	3	2	6
Deutschnorddeutsche Partei	1	0	3
Volksrechtspartei	—	1	0
Landvolk	2	2	3
Konservative Volkspartei	—	0	4
Parteilose	—	0	0
Gesamtzahl d. Abgeordneten	582	608	577

Amtliches

Die Anmeldung zur Teilnahme am Unterricht in den Schächischen Schifferkassen hat bis zum 1. Oktober...

Bankgesetz und Bauordnung
Am 1. Oktober sind von dem Allgemeinen Schächischen Bankgesetz...

Getränkesteuer
Die Getränkesteuerermäßigungen sind bis zum 30. Tage jedes Monats...

Tischler- u. Polster-
Möbel
Niedrige Preise / Gute Ware
Riesenauswahl in 5 Etagen

Hesse
Gegründet 1873 / Dresden-A., Rosenstr. 45
Teilzahlung / Eigene Werkstätten.

Japan-Emaille-Lack
Für anspruchsvolle
Raucher
ZEITGEIST
der bekannte gute Sandblatt-Stumpfen...

Stollen
selbst backen
ist leichter.
Kuchenjunge
backt für Sie.

Speisezimmer
390.-
Fischer
Karl Bräutigam, Moritzstr. 10

2 x ein billiges Mittagessen mit



Teigwaren

1 Pfund Eiernudeln
1 Pfund Eiermakaroni

zusammen nur 78 Pfennig

Abgabe nur an Mitglieder
KONSUMVEREIN
VORWÄRTS

Wir zeigen

Ab Dienstag wieder etwas ganz Besonderes
DER RÄCHER DES TONG

Aufregende und geheimnisvolle Abenteuer aus der Unterwelt des Chinesenviertels in San Franzisko...

Hauptdarsteller:
Eduard Robinson / Loretta Young

M-S LICHTSPIELE
Moritzstraße 10

Neu erschienen ist:
Kinderland 1933
Ein Jahrbuch für Arbeiterkinder in Stadt und Land...

Stollen
Kuchenjunge
Auszugtisch
nur 85.- M.
Fischer

Ihr Schlafzimmer
verschönern Sie durch unser heutiges preiswertes Angebot

Steppecke
Oberseite modern gemust. Kunstseide, Rückseite Satinett, mit weicher Halbwollfüllung, Größe 130/190 7.90

Bei Barzahlung 3% Rabatt oder 6% Rabatt in Sparmarken
Unsere Versandabteilung erledigt für Auswärts alle Bestellungen

Sanitär eingerichtet, bedeutend erweitert
STARKE'S KURBAD
persönliche Leitung, geprüfte Personal

Tische
Törschel Herren- Damen- Futter- Stoffe
Dresden, Scheffelstraße 21 in größter Auswahl

Das war die Premiere von Dresden!
Deutsche Märchen-Festspiele für groß und klein
SARRASANI
Mittwoch, 3 Uhr, Familien-Vorstellung / Halbe Preise

Ab Dienstag
Der Film, der alt und jung erfreut:
Ein blonder Traum
Lilian Harvey
winy Fritsch / Paul Hörbiger / win Forst

FÜRSTENHOF LICHTSPIELE
Ab Dienstag
Der Zauber, den alle erwarten!
Lillian Harvey in
Ein blonder Traum

Li-Mu
Poststraße Tel. 17253
Dienstag bis Donnerstag
nur 3 Tage!
Lillian Harvey und Hans Albers in
Quick

Die Herrin von Atlantis
Ein exotisches Filmwerk, das soviel Geheimnis in sich birgt, wie noch nie gebohrt.
Anfangszeiten: 7.30 u. 9 Uhr

Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Postkonten: Dresdner Staatsbank, Dresden, Hauptk. Arbeiter, Angestellten u. Beamten, K.K., Dresden, Wehrüb. Kassen, Dresden

Bei Erhalt von Sendungen irgendwelcher Art, ist es durch obere Stelle höherer Stellen, bei der Begebung der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abendpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Zeiten, Kunst“ sowie der illustrierten Wochenbeilage „Der Sonntag“ monatlich 2,40 M., einzeln 45 Pf., Bringerlohn, (ohne den „Sonntag“ 2 M., einzeln 35 Pf., Bringerlohn.) Beilage nur am „Sonntag“ 1,95 M., einzeln 35 Pf. und Zustellungsgebühren.

Schriftleitung: Bettendorfer Str. 26/281, Dresden, Montag bis Freitag von 12 bis 1 Uhr, Samstag von 10 bis 12 Uhr, Sonntag von 10 bis 12 Uhr, Telegrafische Adressen: Dresden, Bettendorfer Str. 26/281 u. 12 707, Telephon: 12 707, Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 20 mm breite Normalzeile 25 Pf., die 30 mm breite Reklamazeile 2 M., für andwärts 40 Pf. u. 2,50 M., abhängig Preisstellung laut Tarif, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 20 Pf. netto, für Brieflieferungen 10 Pf., Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 261a

Dresden, Montag, den 7. November 1932

43. Jahrgang

Niederlage der Nazis

Hitlerpartei verliert 35 Mandate - Verluste des Zentrums und der SPD, Zunahme der Kommunisten und Deutschnationalen

Das Ergebnis der Reichstagswahl

	Stimmen	Mandate		Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	7 231 404 (7 959 712)	121 (133)	Wirtschaftspartei	110 117 (146 876)	2 (2)
Nationalsozialisten	11 705 256 (13 745 781)	195 (230)	Deutsche Staatspartei	337 871 (371 799)	2 (4)
Kommunisten	5 970 833 (5 282 626)	100 (89)	Bayerische Volkspartei	1 081 595 (1 190 453)	18 (22)
Zentrum	4 228 322 (4 586 501)	70 (75)	Deutsches Landvolk	46 486 (90 555)	— (1)
Deutschnationale	3 061 626 (2 177 414)	51 (37)	Christl. sozialer Volksdienst	412 523 (364 542)	5 (3)
Deutsche Volkspartei	659 730 (436 012)	11 (7)	Deutsche Bauernpartei	148 982 (137 133)	3 (2)

„Der Nationalsozialismus wird am 6. November den größten und einflussreichsten Sieg erringen, den die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung bisher zu verzeichnen hat.“

Aus dem nationalsozialistischen Freiheitskampf vom 4. November.

Die Entscheidung am 6. November hat höchstens eine Ueberraschung gebracht: daß die Wahlbeteiligung immerhin höher war, als man annehmen durfte. Das deutsche Volk erlebte in diesem „Jahr der Entscheidungen“ fünf große Wahlgänge, wenn man die Freuwahl mitechnet, und einige Landtagswahlen. Auch zwei Volksentscheide darf man mitzählen. Dies kann ein ohnehin nicht sehr wahlfreudiges Volk, wie das deutsche, politisch mündig und starr machen. So war auch der Wahlkampf. In allen Parteien, Schichten und Kreisen zeigte sich politische Klarheit. Trotz dem gingen etwa 80 Prozent der Wähler an die Urne.

Die Ziffern ergeben ungefähr das Resultat, das von nüchternen Betrachtern erwartet werden mußte. Die Nationalsozialisten verloren vor allem an die Deutschnationalen, die Sozialdemokratie an die Kommunisten. In der Reichstagswahl, da diese Stellen geschrieben werden, darf man die Mandatsverluste der Hitler-Partei auf 35 schätzen. Am stärksten sind die Verluste der Nazis auf dem flachen Land. Dort hat sich viel Bauernbevölkerung zu den Deutschnationalen geschlagen, denn Papens Agrarpolitik bleibt nicht viel hinter den Versprechungen der Nazis zurück und hat für Bauern den Vorzug, daß sie nicht nur lediglich Propaganda werden ist. Namentlich in bisherigen Hochburgen holten sich die Hakenkreuzler schwere Rückschläge. So in Koburg, Braunschweig, Nord- und Ostdeutschland.

Neben den Deutschnationalen treten einige Mittelparteien mit Mandatsgewinn hervor. Verlorene Söhne sind reuig

zurückgekehrt, müde des Karussells der Hitler-Finchose, der sie sich anvertraut hatten. Das macht überhaupt die Bedeutung dieser Wahl aus: sie hat nicht nur die Grenzen der Hitler-Bewegung deutlich gemacht, sie hat nicht nur die Naziwelle abgeköpft, sondern bringt Adolf Schicklgruber den ersten deutschen, empfindlichen Rückschlag, dem in der Nazi-Partei weitere unangenehme Witzungen folgen werden. Denn auf welche Siegeshoffnungen die Hakenkreuzler gestimmt waren, zeigt obiges Zitat. Wulfsmanns Blatt prophezeite wieder einmal für Hitler den „größten, eindrucksvollsten Sieg“. Haben sich die Nazis diesen Sieg so vorgestellt? Wohl kaum. Aber sie sind von den Poladinen des Braunen Saufes an so viel Fanfanen und Aufschneidereien gewöhnt, daß sie das Gröteske dieser Art Propaganda kaum noch merken. Doch ein beträchtlicher Teil der Mittläufer ist immerhin hehlhörig geworden. Sie haben keine Lust, sich von den Propheten eines nebulösen Dritten Reiches weiter an der Nase herumführen zu lassen. In Deutschland zieht politischer Schwund länger als in anderen großen Ländern, aber ewig durchaus nicht.

Die Sozialdemokratie verliert 12 Mandate. Soweit dieser Verlust nicht auf Konto der verringerten Wahlbeteiligung geht, sind diese Stimmen den Kommunisten zugeflossen. Sie gewinnen etwa 11 Mandate. Dieses Resultat kommt niemand unerwartet, der die wachsende Verbitterung der Arbeitslosen, der Kurzarbeiter und aller derer kennt, die nicht wissen, wozu sie morgen leben sollen. Sie wollen den stärksten Protest gegen diese Zustände und glauben ihm mit dem Stimmzettel der Partei auszudrücken, die sich am revolutionären Gebel betet.

Und wie „revolutionär“ die SPD. in dieser Zeit aufgetreten ist, haben wir mehrfach beschrieben. Das Geschrei gegen Parlamentarismus und Demokratie, gegen Versailles Vertrag und Erfüllungspolitik hat sie mit den Nationalisten tapfer mitgemacht, statt die Serie zu benutzen, um den großen Schuldigen anzubrängen: den Kapitalismus. Während wir diese unsere marxistische Pflicht taten, fiel uns die SPD. in den Rücken und mobilisierte die Gefühle der Verzweiflung nicht gegen die Reaktion, sondern gegen die SPD. Sonst wäre Hitler noch schlechter weggekommen. Zusammen genommen aber haben die marxistischen Parteien einen stärkeren Stimmenanteil als bei der Juliwahl. Das wäre also auch ein Endergebnis des nationalsozialistischen „Einbruchs in die marxistische Front.“

Jedenfalls ist die Mehrheit von Zentrum und Nazis im Reichstag dahin; denn auch das Zentrum mußte für sein Lechtelmechtel mit Hitler einige Haare lassen; und der Papen-Traum nähert sich der Erfüllung, da Deutschnationale, Nazis und Zentrum einträchtig eine Bürgerblockregierung bilden. Sie kann sich bei den Arbeitermassen auf einen eben so warmen Empfang wie auf den entsprechenden Abwehrkampf verlassen. Die Regierung der Barone, die auf dem „dreifür Hüden der Nazis“ behende in die Ministerjesseln flatterten, hat vorläufig nur eines bewirkt: Die Rückkehr beträchtlicher Teile des Bürgertums in die gemohnten Parteienställe und eine Radikalisierung des Proletariats, die sich ausdrückt in der Neuerstimmung nationalsozialistischer Armentiertel und im Anwachsen der NSD. Diese Entwicklung ist vorausgesagt worden. Bürger und Agrariertum erhielten Papen-Profit und wurden

so jahn, wie sie unter dem verfassungsmäßigen, sozialgerichteten Brünning radikal waren. Dem Proletariat beehrte die Papen-Regierung dagegen unerträgliche Massenbelastungen, und prompt erfolgte ein Abmarsch nach links und ganz links. Ist das Kabinett der Barone nun zufrieden? Noch nie hat es eine Regierung verstanden, breite Massen derart dem Staat zu entfremden wie diese Männer der „neuen Staatsführung“. Die Eisernen Front aber muß rücken zu neuen, schweren Kämpfen. R. G.

Landtagsabg. Herrmann schwerverletzt

Zwickau, 6. November. Am Sonntagabend nach Schluß des Wahlaktes drang eine Abteilung SA-Leute in das Wahllokal Schützenhof in Gainsdorf ein und schlug wild auf zwei Reichsbannerleute und besonders auf den als Wahlleiter tätigen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Gust Herrmann ein. Herrmann erhielt u. a. einen lebensgefährlichen Messerstoich in das Genick. Die Rassisten, unter Führung des berüchtigten Gerisch, sind bereits verhaftet. Auf Herrmann wurde bereits am 1. April ein Revolverattentat verübt, das glücklicherweise damals fehlging.

Nazi gegen SPD. Fünf Kommunisten verletzt

Chemnitz, 6. November. In Burgstädt bei Chemnitz wurde am Sonntag morgen um 5 Uhr von einem Trupp SA-Leuten ein toller Überfall auf Kommunisten verübt. Fünf Kommunisten wurden durch Schüsse schwer verletzt. Nach einer kommunistischen Meldung sollen die Nazis verjagt haben, das Heim der Internationalen Arbeiterhilfe zu überfallen.

Zusammenfassung des Reichstages

	Wahl vom 6. Nov. 1932	Wahl vom 31. Juli 1932	Wahl vom 14. Sept. 1930
Sozialdemokraten	121	133	143
Nationalsozialisten	195	230	107
Kommunisten	100	89	77
Zentrum	70	75	68
Deutschnationale	51	37	41
Deutsche Volkspartei	11	7	30
Wirtschaftspartei	2	2	23
Deutsche Staatspartei	2	4	20
Bayerische Volkspartei	18	22	19
Deutsches Landvolk (früher Christlich-nationale)	—	1	19
Christl. sozialer Volksdienst	5	3	14
Deutsche Bauernpartei	3	2	6
Deutschnachweiser Partei	1	0	3
Volksrechtspartei	—	1	0
Landbund	2	2	3
Konservative Volkspartei	—	0	4
Parteilose	—	0	0
Gesamtzahl d. Abgeordneten	581	608	542

Wer an dem eine Grube gräbt...

Das muß man warm genießen. Die Hitler-Partei hat vor der Wahl an SPD-Anhänger folgendes während nächtlicher Stunden verflüstert:



Wir stellen fest: Die NSDAP. verliert etwa 35 Mandate, die SPD. dagegen 13. Und scheint, daß hier einmal der Roubolierende Herrscht. Ja, so ist es, wenn man der Grube zu nahe kommt. Man liegt drin, man weiß nicht wo. Stromschnellen sind im Braunen Fluß auf der Wiener Straße abgesehen.

Freiheit den WÄHLT AM 13. NOV.



Gemeinden SOZIALDEMOKRATEN

Heraus

zur Stadtverordnetenwahl am 13. November

Können die Männer und Frauen die Geschicke der Gemeinde selbst bestimmen und gestalten?

Der jahrhundertelange Kampf der Gemeindeglieder um Mitbestimmung und Mitverwaltung in der Kommune hat die Revolution vom 9. November 1918 erfolgreich abgeschlossen. Durch die Verordnung der Volksbeauftragten vom 28. November 1918 wurde auch in allen Gemeinden mit einem Schlage das allgemeine, gleiche, unmittelbare, geheime Wahlrecht für alle Männer und Frauen, die über 20 Jahre alt sind, eingeführt. Das freieste Wahlrecht war Tatsache geworden! Für die Gestaltung und Entwicklung von Freiheit und Republik war die gleiche Grundlage geschaffen. Somit stand

der Weg offen für eine fruchtbare Arbeit im Interesse der minderbemittelten, schaffenden Schichten und damit der Gesamtheit der Gemeinde.

Wir wissen, daß die Hand- und Kleinarbeiter und alle Gruppen des Mittelstandes weit über 90 Prozent der ganzen Bevölkerung ausmachen. Kein Wunder mußte eine gewaltige Mehrheit der Vertreter und Vertreterinnen der arbeitenden, proletarischen Massen im Reichs-, Landes- und Gemeindeparlament Selbstverständlichkeit sein! Hier muß nach große Erziehungswirkung nicht werden. Jeder ist berufen, an der Revolutionierung der Städte mitzuwirken, daß alle Reichs-, Landes- und Gemeindeparlamente freiesten politischen Rechte richtig gebrauchen lernen.

Nur 11 Jahre haben wir in den Gemeinden das gleiche, geheime Wahlrecht. Ist es da nicht ein Lohn auf alle Entwicklung und ein Standes, daß heute Tausende, ja Millionen bereit sind, ihr eigenes Recht auf Selbstbestimmung, auf Menschenwürde wegzumessen und sich bedenklos und unbedenklich einem überheblichen Tyrannen unterzuordnen?

Es ist ein weiter Weg von der Einsetzung des ersten Bürgermeisters in Dresden bis zur heutigen freien Gemeindeverwaltung. Er soll in kurzen Strichen geschildert werden. Bis zum Jahre 1292 rein persönliches Regiment des Kurfürsten, der einen Beamten mit der Verwaltung der Stadt beauftragte. Später wurden vom Kurfürsten einige Bürger beauftragt, und ein Bürgermeister bestellt, wie es in der 1. Satzordnung vom 5. Januar 1470 zu lesen ist. Die Räte und Stände drängten auf Beteiligung an der Stadtverwaltung. Die Satzordnung vom Jahre 1517 trug diesem Verlangen erstmalig Rechnung. Bis in die Revolutionsjahre um 1830 waren durch die 3 Jahrhunderte nur die sogenannten „Stände“ vorhanden, wie es jetzt die Räte in den von ihnen geleiteten „Ständekammern“ wieder herbeiführen! Adel, Geistlichkeit und Räte, „würdig“, in beschränktem Maße an der Verwaltung mitzuwirken.

Die Ständevertretung in Land und Gemeinde wurde durch die Empörung des Volkes in den Systemkämpfen 1830 beseitigt. Den Kommunepräsidenten folgte auf Grund der Städteordnung vom 2. Februar 1832

Das erste Stadtverordnetenparlament

am 11. Mai 1847. Wenn auch diese Vertreter fast ausschließlich den bestehenden Ständen angehörten, so bestimmte doch diese erst 100 Jahre alte erste Verfassung, daß Bürgermeister und Rat von den Stadtverordneten gewählt und unter die Kontrolle der Stadtverordneten gestellt wurden. Die revidierte Städteordnung vom 24. April 1873 brachte einen weiteren Ausbau der Gemeindeverwaltung und Gemeindeverwaltung.

Bis zum November 1918 waren und blieben aber die Massen des arbeitenden Volkes von Mitbestimmung und Mitverwaltung fast ausgeschlossen. Bis 1918 wurde noch in 5 Abteilungen, nach Klassen eingeteilt, gewählt, die nochmals nach der Dauer des Bürgerrechts (10 Jahre oder weniger) und nach Anfassigen (Hausbesitzer) und Unanfassigen geteilt waren. Außerdem durften natürlich nur „Bürger“, also nicht alle Einwohner der Gemeinde, wählen. Frauen waren vom Wahlrecht ausgeschlossen. Jahrhundertlang haben Stände und Bürger um Mitverwaltung in der Gemeinde gerungen. Die Kämpfe des arbeitenden Volkes, die Erhebung des aufsteigenden Proletariats aber haben allen Männern und Frauen das gleiche Recht auf Selbstverantwortung, auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung, auf Demokratie in der Gemeinde gebracht.

Der wachsende Einfluß der arbeitenden Massen wird dem Bürger, den Ständen und Feudalen zu gefährlich.

Deshalb hat man den Gemeinden von der Wirtschaft und der

bürgerlichen Reichsgewalt her die finanziellen Mittel beschlagnahmt, neue gewaltige Pflichten aufgegeben, ihnen damit das Rückgrat ihrer gesunden Wirtschaft- und Finanzpolitik gebrochen. Nun greift man über „marxistische Wirtschaft“ in den Gemeinden und meint dabei den zu stark gewordenen Einfluß der arbeitenden, proletarischen Schichten. Ganz offen spricht man in bürgerlichen und nationalistischen Kreisen von Aenderung der Form der Gemeindevertretung, ganz offen rufen sie Herr Papen von Neuverteilung des Gemeindevahlrechts nach dem Muster des in vielen Ländern bis 1918 gültigen „Pluralwahlrechts, da man die Politik aus der Kommunalverwaltung ausschalten müsse!“

Die Wehrheit des Volkes soll in ihrem Einfluß wieder zurückgedrängt, soll mundtot gemacht werden! Das gibt den Gemeindevahlen im November 1932 eine erhöhte Bedeutung.

Männer und Frauen! Aufgepaßt! Es geht um eure, um des schaffenden Volkes Rechte der Selbstverwaltung, um die Demokratie in der Gemeinde!

Weitsche und Revolver Der „geistige“ Kampf der Nazis



Magd und Dienerin

„Der Jude hat uns die Frau gestohlen durch die Form der Geschlechtsdemokratie. Die Jungen müssen ausziehen, um den Vindictum zu lösen, damit wir wieder zum Heiligsten kommen, das es auf der Welt gibt, zur Frau, die Magd und Dienerin ist.“

Reichstagsabgeordneter Gottfried Feder in einem Aufsatz über die Frau.

KPD. will Steuerentlastung - für das Kapital

Wenn Wahlen vor der Tür stehen, dann pflegt die KPD auf Stimmgewinn auszugehen, nicht nur unter der Arbeiterklasse (was verständlich ist), sondern auch unter den Gewerbetreibenden. Sie bringt dann nämlich immer einen Antrag im Dresdner Stadtverordnetenkollegium ein, daß den Handel- und Gewerbetreibenden, soweit sie unter 5000 M. Einkommen versteuern, die Gemeindegabeschläge zur Grund- und Gewerbesteuer erlassen werden sollen. Obwohl die Kommunisten allmählich hätten einsehen müssen, welchen Nutzen sie da begehren, ließ es sich Herr Dr. Helm in der letzten Sitzung vor den Wahlen nicht nehmen, persönlich wiederum einen solchen Antrag zu begründen. Er schweifte dabei, wie es sich für einen richtigen Kommunisten gehört, weit, weit von

Du wählst am Sonntag, 13. November Sozialdemokraten!

- in Klotzsche Liste 1
- in Königbrunn Liste 2
- in Rößchenroda Liste 2
- in Ottendorf-Oberstra Liste 1
- in Plauen Liste 1
- in Plauen Liste 3

Thema ab und vertiefte sich zu Behauptungen, die vor allem bei der Wirtschaftspartei Wohlgefallen finden mußten. So stellte er die fälschliche Behauptung auf, daß die Umsatzsteuer von den — Unrechtmäßig — getragen werden müßte, was diese bekanntlich auch behaupten, obwohl jeder weiß, daß die Umsatzsteuer auf die Warenpreise geschlagen wird, also vom Verbraucher getragen werden muß. Vom Sprecher der SPD-Fraktion wurde die Demagogie dieses Antrages ins rechte Licht gerückt. Er fragte Herrn Dr. Helm, ob er sich klargemacht hätte, wenn er mit diesem Antrag ein Steuererleichterung machte. Er mußte doch wissen, daß gegenwärtig die größten Firmen in der Industrie und im Handel auf Grund ihrer Umsätze keinen Reingewinn über 5000 M. erwirtschaften. Allen diesen Firmen würde also die KPD, die Steuer erlassen! Er wies weiter darauf hin, daß die Folge der Annahme dieses Antrages sein würde, daß der Rat weitere Sparmaßnahmen durchführen müsse, um den Anschaffungskosten auszugleichen. Diese Sparmaßnahmen würden in erster Linie den Wohlstand treffen. Das Steuererleichterung der KPD, an das Kapital würde also von den Beamten der Armen, den Hilfsangehörigen, bezahlt werden. Ein solcher Antrag sei geradezu ein Verbrechen an den Minderbemittelten, deshalb würde der Antrag von der KPD abgelehnt. Selbst Herr Wäber, oberster Rat der KPD, und seine Zuhörer sprachen sich gegen einen solchen Antrag aus. Sie hatten wahrscheinlich noch mehr soziales Verständnis als die KPD.

In seinem Schlußwort „betrag“ Herr Dr. Helm, auf die Anfragen des sozialdemokratischen Redners eingegangen! So vertritt die KPD, die Interessen der Minderbemittelten. Seht ihnen bei der Wahl den längst verdienten Denzettel!

Mutter, denke daran!

Was geschah früher für die Jugend?

Die Jugendherbergen, die Landesjugendheime, die Erholungsheime der Jugend, die ganze Jugendpflege und Fürsorge mit ihren mannigfaltigen Einrichtungen sind Früchte der Revolution, Leistungen der Demokratie und im wesentlichen der unerwünschten, stillen Kleinarbeit der Sozialdemokratie.

Das gab es vor dem Jahre 1919 nicht. Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vom Jahre 1924 war nicht nur ein Dokument der neuen sozialen und jugendfreundlichen Gestaltung der Republik. Es löst auch die konkreten Pflichten auf, die von den Gemeindeverbänden erfüllt werden mußten, vom Mutter- und Säuglingschutz bis zur „Wohlfahrt der schulentlassenen Jugend“.

Wenn eine Stadt wie Dresden 45 eigene Kindererholungsheime mit 2500 Plätzen, 7 eigene Kindererholungsheime mit über 400 Plätzen, 6 Kindererholungsstellen mit 650 Plätzen zur Verfügung hat, so ist das doch etwas mehr als nichts. Und es ist doch auch mehr als ein Pappentier, wenn das Dresdner Jugendamt etwa 12 000 unbefähigte Kinder beaufsichtigt und für fast 5000 das Pflegegeld zahlt.

Was gab es vor der Revolution eine derartige Fürsorge? Alles, fast alles war dem Zufall und der Willkür privater Kreise überlassen. Noch im Jahre 1926 standen 14 privaten Tageskinderheimen nur 18 städtische gegenüber. Dank der kommunalisierenden Mitarbeiter der sozialdemokratischen Stadtverordneten hat sich das Verhältnis umgekehrt. 1931 standen 17 privaten Tageskinderheimen 45 städtische gegenüber.

Und wie haben wir der Jugend die Natur erschlossen! 1922 standen in Dresden 30 Betten in den städtischen Jugendherbergen zur Verfügung, 1931 aber 560, 1932 übernahm auf der Jugendwanderung 5000 Jugendliche in Dresdner städtischen Jugendherbergen, 1931 aber über 30 000.

Wer mit den Kindern und der Jugend fühlt, muß am 13. November die Liste 1 wählen.

Wählt Sozialdemokraten Liste 1

Rösch, Dölitzsch, Klara Noack, Franke, Scheinpflug

Verantwortlich: Max Esch, Dresden. — Druck von Roden & Comp., Dresden.